

Essay, 27.03.2007
© Dr. Sabine Schiffer

fiktiver Zeitungsbericht: 27 März 1944

Julius Streicher für die uneingeschränkte Meinungsfreiheit

Nürnberg: Heute hat Julius Streicher, bekannter Journalist und Herausgeber der Zeitschrift „Der Stürmer“, beim Oberverwaltungsgericht Klage gegen eine Gruppe von Lobbyisten eingereicht, die ihn in seinem Recht auf Presse- und Meinungsfreiheit zu behindern drohen. In der Tat hat es in der Vergangenheit immer wieder Vorfälle gegeben, die darauf hindeuten, dass obskure Kräfte die Grundrechte in Deutschland einschränken wollen – ihre genauen Ziele sind dabei unklar, aber es liegt auf der Hand, dass eine bestimmte Minderheit dabei gewinnt und ihr unterwanderndes Spiel unverhohlen fortsetzen kann.

Ihnen zu Hilfe geeilt sind einige Gutmenschen und Naivlinge, die öffentlich auftreten und so tun, als hätten sie Weisheit und Menschenrechte gepachtet. Damit gefährden sie nicht nur unsere Gesetze, sondern gar den Fortbestand Deutschlands. Die Quellen, auf denen sich die genannten Lobbyisten berufen, enthalten eindeutig besorgniserregende Stellen: Aufrufe zur Gewalt, Frauenverachtung, Anstreben der Weltherrschaft. Offensichtlich ist es manchen möglich, dies einfach zu ignorieren, oder aber zu relativieren, worauf einige neuere Gerichtsurteile bereits hindeuten.

Schleicher, aber auch Theaterregisseure wie etwa Marc Pommerening, der Rehbergs „Die Wölfe“ in Szene gesetzt hat, sind in jüngster Zeit immer wieder Opfer von Angriffen und Beschimpfungen geworden. Schleicher hat zum wiederholten Male darauf aufmerksam gemacht, dass es in einem rechten Staat doch möglich sein müsse, publizistisch die Dinge anzusprechen, die im Argen liegen. „Wo kommen wir da hin, wenn ich nicht mehr offen aussprechen oder schreiben darf, was ich meine und wer was getan hat? Sie können die Fakten der Einzelfälle prüfen – sie stimmen.“ Für die daraus abgeleiteten Verallgemeinerungen könne er nicht verantwortlich gemacht werden. Ebenso wenig für die mehr oder auch weniger gelungenen Zeichnungen, die nur der Illustration dienten und keine weitere Bedeutung hätten.

Es sei ja allgemein bekannt und auch akzeptiert, so Schleicher, dass sich Zeitungen nun mal verkaufen müssten, um am Markt bestehen zu können – und da kann niemand ernsthaft verlangen, dass er da (als einziger) auf die bildlichen Aufpepper verzichte. Ihm deshalb eine rassistische Gesinnung vorzuwerfen, sei nicht nur übertrieben, sondern verleumderisch und belege nur seine Beobachtung, nämlich dass jemand mit aller Macht gegen unseren Staat zu Felde ziehe – und wir gut daran täten, uns rechtzeitig zu wehren. Der rechte Staat könne dabei nicht warten, bis erst der Beweis für das Bestreben geführt sei, uns zu überbevölkern. Dann sei es zu spät. Darum wäre es unklug, nicht präventiv zu handeln. Dies sieht der Leiter des Informationsministeriums ganz genau so. Die gefährliche Multikulti-Haltung ermögliche es den Feinden, das zu zerstören, was uns heilig ist.

Wenn die Klage angenommen wird, ist mit dem Urteil frühestens in sechs Monaten zu rechnen. Hoffentlich ist es dann nicht schon zu spät.